

Bewegung in der Flugplatzplanung

Der Kreistag befasst sich am 30. September mit dem umstrittenen Projekt. Landrat Michael Busch erläutert den Mitgliedern des Gremiums, worum es dabei gehen wird und worüber sie entscheiden müssen.

Von Wolfgang Braunschmidt

Coburg/Neida – In die Planung für einen neuen Verkehrslandeplatz, der zwischen Neida, Wiesenfeld und Herbartsdorf entstehen soll, kommt Bewegung. Landrat Michael Busch teilte den Mitgliedern des Kreistags am Montag mit, dass sie sich in ihrer Sitzung am 30. September mit dem Projekt befassen müssen. Dabei wird es zunächst um die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens gehen. Dieses ist einer Genehmigung vorangestellt und läuft über mehrere Jahre.

Im Rahmen der Planfeststellung können alle, die vom Bau des neuen Flugplatzes betroffen sind, Einwendungen vorbringen: Bürgerinnen und Bürger, Behörden wie das Straßenbau- oder das Wasserwirtschaftsamt, Verbände wie der Bund Naturschutz und der Bauernverband und, natürlich, Grundstückseigentümer. Die Hinweise werden dann von der Planfeststellungsbehörde – in diesem Fall das bei der Regierung von Mittelfranken in Ansbach angesiedelte Luftamt Nordbayern – in einer öffentlichen Anhörung besprochen. Deren Ziel ist es, „Konflikte zu lösen“ und „weitgehendes Einvernehmen über das Projekt“ herzustellen.

Am Ende des Verfahrens steht der Planfeststellungsbeschluss, der mit einer Baugenehmigung vergleichbar ist. Gegen diesen kann vor einem



Am 30. September wird sich der Kreistag Coburg mit dem geplanten Neubau des Verkehrslandeplatzes bei Neida beschäftigen müssen. Dabei geht es nicht nur um die Einleitung des Planfeststellungsverfahrens, sondern auch darum, wer die Investitions- und Betriebskosten für den neuen Flugplatz übernehmen soll.

Verwaltungsgericht Klage erhoben werden.

In der Kreistagssitzung am 30. September wird es aber nicht nur um die Planfeststellung gehen. Dabei soll, wie Landrat Michael Busch mitteilte, auch über die Finanzierung des neuen Verkehrslandeplatzes gesprochen werden. Dessen Kosten sollen nach einer ersten, sehr groben Schätzung bei etwa 30 Millionen Euro liegen. Bis heute ist völlig unklar, wer diesen Betrag aufbringen muss. Zudem soll im Kreistag auch darüber diskutiert werden, wer für die künftigen Betriebskosten aufkommt, die bei etwa

einer Million Euro pro Jahr liegen sollen. Allerdings: Diese Zahlen sind nur ganz grobe Richtwerte.

Der Neubau des Verkehrslandeplatzes im Landkreis Coburg ist heftig umstritten. Er soll den Flugplatz Brandenstein ersetzen. Dort läuft am 31. Dezember 2019 die Ausnahme genehmigung für den Instrumentenflug mit Geschäftsflugzeugen aus. Gründe dafür sind unter anderem nicht vorhandene oder unzureichende Sicherheitsflächen, eine fehlende Anflugbeleuchtung sowie die zu kurze Start- und Landebahn. Für den Neubau haben die Stadt

und der Landkreis Coburg, die Industrie- und Handelskammer (IHK), der Aero-Club Coburg sowie die Unternehmen Kapp (Coburg), Brose (Coburg), Schumacher (Ebersdorf) und Wöhner (Rodental) die Projektgesellschaft Verkehrslandeplatz Coburg mbH (PGVC) gegründet. Geschäftsführer ist Willi Kuballa, leitender Rechtsdirektor der Stadt Coburg.

Gegen den Flugplatz kämpfen mehrere Bürgerinitiativen. Ihre Sprecherin ist Kreis- und Gemeinderätin Dagmar Escher aus Wiesenfeld. Zudem wenden sich Umweltverbände vehement gegen den Neubau. Auch

der Coburger Bauernverband ist dagegen und hat bereits mehrere Protestaktionen veranstaltet. Zudem wurden auf dem für den Bau vorgesehenen Gelände seltene Tiere wie der Schwarzstorch nachgewiesen.

Die Gegner vertreten die Auffassung, dass die Brandensteinebene so ausgebaut werden könnte, dass sie für den Instrumentenflug mit Geschäftsflugzeugen, die in der Region angesiedelte Unternehmen betreiben, über den 31. Dezember 2019 hinaus geeignet ist. Dem widerspricht die Projektgesellschaft Verkehrslandeplatz Coburg.